

# BUDGET 2006: Bildung – Wissenschaft – Fachhochschulen

## BILDUNG

Für 2006 sind 6.012 Mio. € für Unterricht und Bildung vorgesehen. Das ist um nur 1,04% mehr als im Jahr 2005. Die Erhöhung um ca. € 60 Mio. ist v.a. für Verwaltungsausgaben und Mehrausgaben im EDV-Bereich gedacht. Bei den Sachausgaben ist zu berücksichtigen, dass die Ausgaben des Ressorts für Mieten an die BIG einen Zuwachs von weiteren 4 % gegenüber 2005 aufweisen.

Bei den LehrerInnenpersonalkosten zeigen sich Unterschiede für die einzelnen Schularten. Die Ausgaben für AHS werden gegenüber 2005 eingefroren, wobei die Ausgaben für die Pflichtschulen um 1,2 % zurückgehen, jene für AHS jedoch um 2,9 % ansteigen. Rund 91,5 % dieser Mittel (1.005,1 Mio Euro) entfallen nach dem BVA-E 2006 auf Personalausgaben. Gegenüber 2005 bedeutet das einen Mittelzuwachs von 2,8%.

### Aktivitäts- und Pensionsausgaben für LandeslehrerInnen

	2003	2004 vorl. Erf.	BVA 2005	BVA-E 2006	Zuw. 2004/05 in %	Zuw. 2005/06 in %
allgem. bild. Pflichtschulen	2.672,0	2.680,5	2.611,4	2.580,3	-2,58%	-1,19%
berufsbild. Pflichtschulen	105,6	105,5	110,0	110,0	4,27%	0,00%
land- und forstwirtschaftl. Sch.	33,4	33,4	33,4	33,4	0,00%	0,00%
<b>Summe Aktive</b>	<b>2.811,0</b>	<b>2.819,4</b>	<b>2.754,8</b>	<b>2.723,7</b>	<b>-2,29%</b>	<b>-1,13%</b>
Pensionen (inkl Pflegegeld)	850,0	914,0	926,0	975,0	1,31%	5,29%
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>3.661,0</b>	<b>3.733,4</b>	<b>3.680,8</b>	<b>3.698,7</b>	<b>-1,41%</b>	<b>0,49%</b>

Quelle: BMF, Teilhefte zum Budget

Bei den Pflichtschulen sind die Zahlungen an die **LandeslehrerInnen** mit Transfers gemäß FAG in der Höhe von 2.723,7 Mio. € veranschlagt. Diese Transfers werden um 1,13% gekürzt. Recht kräftig fallen die Mittelkürzungen bei den allgemein bildenden Pflichtschulen aus. Nachdem im BVA 2005 bereits Kürzungen von € 56 Mio. vorgenommen werden, sinken die Personalkosten für den Pflichtschulbereich nochmals um € 30 Mio. Innerhalb von fünf Jahren wurden bei den PflichtschullehrerInnen somit ca. € 80 Mio. gekürzt. Im selben Zeitraum stiegen aber die Aufwendungen für LandeslehrerInnenpensionen um € 280 Mio. Außerdem wurde in den Budgetbegleitgesetzen eine Vergütung für die Klassenführung bei den Landeslehrern ab 1.9.2006 eingeführt. Diese Kosten belaufen sich im Budgetjahr 2006 auf etwa € 10 Mio.

Zudem ist auch noch der Struktureffekt zu bedenken. Bei den LandeslehrerInnen ist der Struktureffekt aufgrund der ungünstigen Altersstruktur noch etwas höher als bei den BundeslehrerInnen bzw. der Hoheitsverwaltung. Er dürfte hier um etwa 0,5 %-Punkt höher und somit bei ca. 2% (ca. € 54 Mio) liegen.

Somit ergibt sich zusammenfassend, dass insgesamt **ca. € 95 Mio** weniger an Personalkosten für die Pflichtschule zur Verfügung stehen. Dies wären neuerlich rund 2100 Dienstposten weniger.

## **kein Geld für notwendige Schulreformen**

Entgegen aller Beteuerungen im Gefolge der PISA-Ergebnisse sind keine finanziellen Vorkehrungen für notwendige Schulreformen zu bemerken. Ein Hohn ist es geradezu, dass für die unter dem Titel Qualitätsoffensive laufenden Projekte PISA, IMST (Innovation in Mathematik, Naturwissenschaft und Technologie) und Bildungsstandards lediglich **2,8 Mio. €** (das sind 0,05 % des Schulbudgets) zur Verfügung gestellt werden. Zudem sind Punkte des Regierungsprogramms noch nicht in Angriff genommen worden wie etwa die Evaluierung der Schuleingangsphase (Rückstellungen), Evaluierung der laufenden Schulversuche in den BMHS (Eingang in Lehrplan) sowie eine Evaluierung der Fort- und Weiterbildungsangebote für LehrerInnen.

## **Berufsbildung**

Bei den **berufsbildenden Schulen** ist für das Jahr 2006 ein Gesamtmittelzuwachs um 2,7% gegenüber 2005 zu verzeichnen. Vorgesehen sind Personalausgaben von 1.015,9 Mio. € (Steigerung 2,78%). Nimmt man die Steigerung der SchülerInnenzahlen seit dem Vorjahr, die Kosten für Gehaltserhöhungen sowie für den Struktureffekt bei den LehrerInnen zeigt sich, dass diese geringe Erhöhung zu keinem bedeutenden Ausbau des berufsbildenden Schulwesens im kommenden Jahr führen kann. Auch die Steigerung des Sachaufwandes um 5,3 Mio. € (2,3%) fällt in Anbetracht eines erheblichen Nachholbedarfes bei der Ausstattung an den berufsbildenden Bundesschulen gering aus.

## **WISSENSCHAFT**

### **Universitäten**

Für die Jahre 2004 bis 2006 wurde der Globalbetrag im UG (§ 141) mit € 1,661 Mio. jährlich festgelegt. Dazu kommen noch gemäß § 141 Abs. 2 Abgeltungen für die Bezugserhöhungen für Beamte und Vertragsbedienstete, Mietaufwendungen, Hochschulraumbeschaffung, den klinischen Mehraufwand etc.

Die Aufwendungen für die Universitäten bei den gesetzlichen Verpflichtungen für 2006 entsprechen dem Wert vom Vorjahr (Globalbetrag BVA 2006: € 1,724,6 Mio.). Die Aufwendungen insgesamt inklusive Hochschulraumbeschaffung und dem laufenden klinischen Mehraufwand sind gegenüber dem BVA 2005 etwas gesunken (BVA 2006: € 1.905 Mio, BVA 2005: € 1.906 Mio). Keine Angaben gibt es zu Budgetmitteln für die 2006 geplante „Elite-Universität“, zu der im Bildungsministerium auch eine „Task Force“ eingerichtet wurde. Ministerin Gehrler hat „frisches Geld“ zugesagt und darauf verwiesen, dass eine derartige „Exzellenz-Uni“ auch eine Förderung von der öffentlichen Hand brauchen wird.

### **Studienförderung und Förderung von Auslandsaufenthalten von Studierenden**

Der Betrag für die Studienförderung (VA-Ansatz 1/14107) ist bereits das vierte Jahr mit € 146.613.000 „eingefroren“. Für 2006 ist erneut eine Unterdotierung zu konstatieren. Ähnliches gilt für die Förderung von Auslandsaufenthalten von Studierenden im Rahmen von ERASMUS-Stipendien.

## Fachhochschulen

Für das Jahr 2005 beläuft sich der Budgetvoranschlag auf 151,596 Mio. € (Förderungen im FH-Kapitel). Für das Jahr 2006 wurde nochmals eine Erhöhung um 15 Mio. € vorgenommen, wodurch sich der Budgetvoranschlag für die Förderungen im FH-Bereich auf 166,596 Mio. € beläuft.

Da es im FH-Bereich einen Entwicklungs- und Finanzierungsplan (E&F-Plan) gibt, der sowohl Budgetausgaben als Studienplätze jeweils für fünf Jahre festlegt, ist hier ein Vergleich mit dem jeweiligen Budgetentwurf sinnvoll.

Im **Studienjahr 2004/05** lagen die genehmigten Plätze an den FH-Studiengängen mit 25.554 um fast 5.000 Studierenden über den im E&F-Plan vorgesehenen 21.000. Bei einer durchschnittlichen Bundesförderung von € 6.200 machen diese 5000 Plätze ca. 30 Mio. € aus.

Für das **Studienjahr 2005/06** sind laut E&F-Plan ca. 27.000 Plätze vorgesehen, bei der Fortschreibung der jetzigen Studiengänge und unter Annahme von 300 zusätzlichen AnfängerInnenstudienplätzen ergeben sich jedoch fast 1.000 Studienplätze mehr (28.199).

Auch für das **Studienjahr 2006/07** ergeben sich mit 29.586 tatsächlichen Studienplätzen um gut 800 Plätze mehr als die im E&F-Plan vorgesehenen 28.755 Plätze.

Die Erhöhung von 15 Mio. € muss zum Großteil dafür verwendet werden, die zusätzlichen Plätze aus den letzten Jahren, die durch die Aktion 600 von den Ländern bzw. durch die Übernahme der Sozialakademien aus einem anderen Budgetansatz finanziert wurde, in der Weiterführung zu garantieren. Die jährliche Anzahl an 300 zusätzlichen AnfängerInnenstudienplätzen ab dem Jahr 2005 bedeutet nur einen geringen Ausbau des FH-Sektors. Somit kann der Budgetvoranschlag 2006 in keiner Weise als zusätzlicher Ausbau des FH-Sektors gesehen werden.

Wien, im März 2005